

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Die neue Veranstaltungsplattform
des Behörden Spiegel

Nr. 88 Berlin und Bonn

17. Mai 2023



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Neustart des Bevölkerungsschutzes

(BS) Auch wenn sich die meisten Akteure im Bereich der Inneren Sicherheit darin einig sind, dass Änderungen erforderlich sind, fehlt doch eine klare Linie für diesen Neustart.

Was also verstehe ich unter einem Neustart? Vor allem eine definierte und einzuhaltende Vorgehensweise. Der erste Schritt muss sein, klare Ziele zu definieren, die wir erreichen wollen. Der zweite Schritt besteht darin sich zu überlegen, wie wir diese Ziele erreichen wollen. Der dritte Schritt ist dann schließlich die Planung, wie viele Jahre und welche Finanzen dies erfordert.

Nach meinen Beobachtungen geht es in der Diskussion allerdings zuerst um das Geld und weniger um den Weg oder die klar definierten Ziele. Das müssen wir ändern!

Denn eine der wesentlichen Veränderungen muss meiner Ansicht nach darin bestehen, von der kommunalen Krisenbehandlung zu einem überregionalen und einer europäischen Handlungsweise zu kommen, inklusive Planungen, Stabsübungen und Vollübungen. Auch dies gehört zu einem Neustart im Bevölkerungsschutz, dessen Umsetzung klare Linie erfordert. Wir haben noch einen langen Weg vor uns und ich hoffe, dass uns dabei nicht die Puste ausgeht.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Anlass zum Umdenken

(BS) Multiple Krisen – das ist das Stichwort, unter dem die vergangenen zwei Jahre den vielen freiwillig oder beruflich im Katastrophenschutz tätigen Menschen in Erinnerung bleiben werden. Angesichts drängender weltpolitischer Ereignisse und den Folgen des Klimawandels ist von einer Verfestigung derartiger Krisenlagen auszugehen. Völlig unabhängig von anderen Staaten handeln zu können, diese Idee ist ohne Frage naiv. Spätestens seit der Corona-Pandemie könne wirklich niemand mehr die Abhängigkeiten zwischen Staaten leugnen, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Inneres und Heimat, Johann Saathof. Die Corona-Pandemie versteht Saathof als unmissverständlichen Beweis dafür, dass nationales Krisenmanagement zurzeit so bedeutend ist wie selten zuvor. An Beispielen für diesen Umstand mangelt es nicht.

Als sich im Februar 2022 die pandemische Lage auf dem Höchststand befand, warf ein Ereignis für Tatsachen erachtete weltpolitische Überzeugungen schlagartig um. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gehörte die zwanzig Jahre währende Selbstverständlichkeit eines friedlichen Europas der Vergangenheit an. Um der militärischen Notlage in der Ukraine zu begegnen, gab Deutschland militärische und finanzielle Mittel frei. Ganz außer Acht bleibt dabei jedoch die Arbeit der vielen Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützer, die alles dafür gaben, die humanitäre Notlage in der osteuropäischen Nation abzufedern.

Diese Leistung würde nämlich nicht die öffentliche Wertschätzung erfahren, die sie verdient habe, moniert Saathof. Er betont Deutschlands zentralen Beitrag zur Erneue-



Katastrophen und Einsätze zum Schutz der Menschen dürfen nicht vor Ländergrenzen halt machen, fordert Johann Saathof

Foto: Leonhard Lenz

rung der Infrastruktur in der Ukraine. Trotz der fehlenden Anerkennung zeige der Beitrag des deutschen Katastrophenschutzes, wie zentral partnerschaftliche Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sei.

Es wäre jedoch verkürzt, den Krieg in der Ukraine weit von uns wegzuschieben und uns mit dem Argument geografischer Entfernung von seinem Einfluss freizusprechen. Durch steigende Rohstoffpreise, hybride Angriffe und weitreichende Desinformationskampagnen reicht das Kriegsgeschehen bekanntermaßen auch bis in die Bundesrepublik.

Im Frühjahr 2021 wurde darüber hinaus deutlich, wie stark die Auswirkungen des Klimawandels uns bereits jetzt betreffen. 186 Menschenleben kostete die Flutkatastrophe in Deutschland. Ein auf Landes- oder Ressortgrenzen fixiertes Denken und Handeln erlaube es nicht, angemessen auf derartige Situationen zu reagieren. Die Verantwortung für den Katastrophenschutz ruhe auf allen Schultern. Partnerschaftliche Beziehung gälte es daher nicht nur zu anderen Staaten, sondern auch innerhalb Deutschlands unter den Bundesländern zu pflegen, fordert Saathof.

Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz

(BS) Gestern veröffentlichte die Bundesregierung ihren „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2020 bis 2022“. Neben der Analyse bestehender Bedrohung befassten sich die Autoren mit einem möglichen Neustart des Katastrophenschutzes, so etwa im Kapitel „Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber Katastrophen auf nationaler und internationaler Ebene“. Als Kernbotschaften werden dabei definiert:

- Angesichts der Erfahrung der Corona-Pandemie, einer Zunahme akuter Katastrophenlagen sowie einer veränderten Sicherheitslandschaft rückt die Resilienz von Staat und Gesellschaft gegenüber Katastrophen und Krisen stärker in den Fokus aller politischen und administrativen Ebenen.
- Einen zentralen Ansatzpunkt stellt die Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen (Resilienzstrategie) dar, welche die Bundesregierung im Juli 2022 verabschiedet hat und die nun in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen mittels kon-

kreter Maßnahmen umgesetzt werden soll.

- Die jüngste Überarbeitung des Katastrophenschutzverfahrens der EU, die EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen sowie die Absicht der NATO, die Resilienz des Bündnisses zu stärken, zeigen deutlich, dass auch die internationale Gemeinschaft aktiv auf eine Stärkung der jeweiligen Resilienz gegenüber Katastrophen hinarbeitet.
- Es gilt, eine enge Verknüpfung zwischen nationaler Resilienzstrategie und den Resilienzzielen auf EU- und NATO-Ebene zu gewährleisten, um Synergien zwischen den Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen.

Es gelte alle Resilienzstrategien zu kombinieren, um zu einem optimalen Ergebnis für die Bevölkerung zu gelangen.

Insgesamt bleibt die Risikoanalyse allerdings sehr statisch – mehr wollte sie allerdings auch nicht erreichen. „Im Kern geht es um die Frage, wie sich der Bevölkerungsschutz in Deutschland auf Extremereignisse, die große Teile der Bundesrepublik oder



Waldbrandbekämpfung durch die Bundeswehr. Foto: Bundeswehr/Anne Weinrich

sogar das ganze Land betreffen, zukünftig besser vorbereiten kann“, so das Papier. „Der Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz kommt bei der erfolgreichen Bewältigung dieser Herausforderungen eine wichtige Rolle zu. Sie stellt ein erprobtes Instrument dar, das dem Bevölkerungsschutz mit Hilfe von plausiblen Szenarien die Durchführung eines gedanklichen Stresstests ermöglicht.“

Das gesamte Dokument kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Verbesserungen in Rheinland-Pfalz

(BS) Die rheinland-pfälzischen Rettungsdienstbereiche beteiligen sich in Zukunft an der sogenannten Wiederbelebungsakademie. Erster Projektpartner ist der Rettungsdienstbereich Trier mit dem Brüderrkrankenhause. Darauf verständigten sich Innenminister Michael Ebling (SPD) und Prof. Dr. Jan-Thorsten Gräsner vom Organisationskomitee des Projektes. Schon im letzten Jahr hatte Rheinland-Pfalz bekannt gegeben, dass künftig alle rheinland-pfälzischen Notarztstandorte Teil des Deutschen Reanimationsregisters sein werden.

„Unsere Rettungsdienste wurden im Jahr 2022 zu 5.919 Notfalleinsätzen mit dem Stichwort Herz-Kreislaufstillstand alarmiert und waren durchschnittlich in sieben Minuten und 22 Sekunden nach dem Ausrücken vor Ort. Mit der Teilnahme an der Wiederbelebungsakademie wird es uns gelingen,

die Notfallversorgung im Land bei diesen besonders zeitkritischen Notfällen noch weiter zu verbessern, um allen Bürgerinnen und Bürgern die bestmögliche Versorgung zukommen zu lassen“, zeigte sich der Mainzer Ressortchef überzeugt. Hierzu werde die komplette Rettungskette mit eingebunden, angefangen von den Ersthelferinnen und Ersthelfern, über die Leitstellen, die Rettungsdienste und Notarztstandorte bis hin zu den Krankenhäusern.

„Rheinland-Pfalz ist hier schon ganz weit vorn und hat viele der Maßnahmen bereits in der Vergangenheit eingeführt“, betonte Prof. Dr. Jan-Thorsten Gräsner. Die Teilnahme des gesamten Bundeslandes mit allen 65 Notarztstandorten am Deutschen Reanimationsregister sowie an der Wiederbelebungsakademie sei bisher deutschlandweit einmalig. Die erste rheinland-pfälzische An-



Verständigten sich auf eine noch engere Kooperation: Der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD, Mitte) und Prof. Dr. Jan-Thorsten Gräsner (rechts).

Foto: BS/Mdl RLP

meldung zur Wiederbelebungsakademie erfolgt in den Jahren 2024 und 2025 mit dem Rettungsdienstbereich Trier. Das Land trägt die Kosten in Höhe von 6.000 Euro pro Rettungsdienstbereich und Jahr, insgesamt also bis zu 48.000 Euro pro Jahr.

„Gesundheitsleitstelle“ wäre wünschenswert

(BS) Der Rettungsdienst arbeitet nahezu in ganz Deutschland am Limit. Insbesondere die Zahlen der Einsätze für Rettungswagen kennen nur eine Richtung: nach oben. Das ist auch in Dortmund so. Die Ärztliche Leiterin der Stadt im Ruhrgebiet, Dr. Kathrin Schaller, hat deshalb einen Wunsch: die „Gesundheitsleitstelle“.

Die dortigen Mitarbeitenden würden als „single point of contact“ für Bürgerinnen und Bürger fungieren. In die „Gesundheitsleitstelle“ würden zahlreiche Akteurinnen und Akteure einbezogen. Dazu gehören laut Schaller u. a. Pflegedienste, medizinische Fachkräfte, sozial-psychiatrische Dienste, Telenotärztinnen und Telenotärzte, Beratungsservices, Telemedizin und Palliativnetzwerke. Außerdem sollte es den Beschäftigten dort möglich sein, Termine beim Hausarzt zu vereinbaren, Anrufende an Notfallpraxen zu verweisen und Hilfe zur

Selbsthilfe zu leisten. Ziel müsse es immer sein, die Patientinnen und Patienten so gut abzuholen und auf ihre konkrete Situation einzugehen, dass sie nicht nochmal den Rettungsdienst anrufen und so wieder ins System kommen.

In Dortmund, wo jeder zwei Haushalt ein Einzelhaushalt ist und 25 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner alleine leben, ist die Idee der „Gesundheitsleitstelle“ aber noch nicht umgesetzt. Und das, obwohl laut Schaller schon seit 2019 ein konstanter Anstieg der Anruftzahlen beim Notruf zu verzeichnen ist. Auch existiert dort noch keine standardisierte Einsatzabgabe zwischen Rettungsdienst und dem ärztlichen Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), wie sie auf der Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) in Münster erklärte. Die Ärztliche Leiterin Ret-



Der Ärztlichen Leiterin Rettungsdienst in Dortmund, Dr. Kathrin Schaller, schwebt eine „Gesundheitsleitstelle“ vor.

Foto: BS/Feldmann

tungsdienst setzt aber große Hoffnungen in die Idee eines Gemeindenotfallsanitäters oder einer Gemeindenotfallsanitäterin in Osnabrück und in ein anderes Pilotprojekt im schleswig-holsteinischen Bad Segeberg.

Selbsthilfefähigkeit stärken

(BS) Im Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) fungiert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) vorrangig als Gastgeber der Räumlichkeiten. Inhaltlich hat es ebenfalls nur den Status eines Gastes inne. Das berichtete Giulio Gulotta, Abteilungsleiter für Wissenschaft und Technik im BBK. Auch seien bislang nicht alle deutschen Bundesländer dort vertreten. Bislang gebe es dort Verbindungskräfte aus den Bundesländern Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Bundesseitig seien neben dem BBK auch die Bundespolizei, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) sowie die Bundeswehr vertreten. Zudem gebe es kontinuierliche Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Deutschen Feuerwehrverband (DFV). Mit Letzterem gebe es eine Kooperationsvereinbarung. Mit dem GeKoB gehe keine Neuordnung des Bevölkerungsschutzes einher, sondern es würden „nur“ Anpassungen vorgenommen.

Des Weiteren verlangte Gulotta von der Bevölkerung, ihre Selbsthilfefähigkeit zu verbessern. Er betonte: „Wir müssen harte Wahrheiten aussprechen.“

Zur Selbsthilfe zählt auch die Bevorratung von wichtigen Gütern, wie Wasser und Lebensmitteln, die Vorabinformation zu Kommunikationswegen, etwa Radio, zu teilweise extra eingerichteten Knotenpunkten für die Bürgerinnen und Bürger sowie zu Rettungswegen.

Ebenfalls an die Selbsthilfekompetenzen appellierte auf der Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU). Hier gebe es noch erheblichen Nachholbedarf. Gleiches gelte mit Blick auf die Warnung der Bevölkerung, warnte der Leitende Branddirektor a. D., Frieder Kircher. Auch bei der Brandschutzerziehung müsse nachgebessert werden. Entsprechendes Material sei zwar vorhanden, die Verteilung lasse aber noch viele Wünsche offen, so Kircher, der sich auch in der vfdb engagiert.



Im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn ist das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) beheimatet. Das BBK stellt die Räumlichkeiten, hat inhaltlich aber nur einen Gast-Status. Foto: BS/BBK

Für eine Attraktivitätssteigerung im Feuerwehrwesen plädiert Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU). Ansonsten werde es in Zukunft in diesem Bereich der Daseinsvorsorge einen erheblichen Personalmangel geben. Feuerwehren seien wichtige Stützen für die Städte. Aus diesem Grunde müssten Angriffe auf Feuerwehrleute auch konsequent strafrechtlich verfolgt werden, so Lewe.

Nicht jede Technik für alles geeignet

(BS) Teilautonome Systeme können die Einsatzkräfte der Feuerwehren effektiv unterstützen. Aber nicht jede Technik ist auch für jedes Szenario sinnvoll. Darauf weist Prof. Dr. Hendrik Rust hin.

Der Forscher von der Hochschule Karlsruhe berichtet, dass sich Drohnen besonders gut zur Lageerkundung einsetzen ließen. Bodenbasierte Roboter wiederum eigneten sich insbesondere bei der Brandbekämpfung. Die Personensuche mit ihnen hingegen sei komplex. Der Wissenschaftler unterstrich unter Berufung auf eine aktuelle Studie zudem, dass die Zusammenarbeit mehrerer teilautonomer Systeme (z. B. eine Drohne und ein Löschroboter) weitaus effizienter sei als der Einsatz eines einzelnen Systems. Rust meint: „Die Zeit für teilauto-

nome Systeme ist reif.“ Daran könnten auch einige Hemmnisse, wie z. B. die Robustheit der Technik, Batterielaufzeiten, rechtliche Hindernisse oder Schnittstellenproblematiken nichts grundlegend ändern. Denn inzwischen sei auch die Akzeptanz der Bediener für diese Systeme vorhanden.

Gleiches gilt für elektrisch angetriebene Fahrzeuge bei den Feuerwehren. Auch wenn diese deutlich teurer seien als konventionell angetriebene Fahrzeuge und bei ihrer Beschaffung eine völlig neue Bewertungsmatrix genutzt werden müsse, so Kai Ullwer von der Berufsfeuerwehr Basel. Dort sind derzeit vier elektrisch angetriebene Löschhilfefahrzeuge sowie zwei E-Einsatzleitwagen unterwegs. In der Entwicklung befindet sich außerdem ein Höhenret-



Unterstrich die Nützlichkeit teilautonomer Systeme: Prof. Dr. Hendrik Rust.

Foto: BS/Feldmann

tungsfahrzeug. Geplant sei darüber hinaus die Beschaffung eines E-Kommandowagens sowie eines E-Rüst- und Hygienefahrzeugs, berichtete Ullwer.

Nationale Reserve Gesundheitsschutz

(BS) Angesichts der COVID-Pandemie hatte das Kabinett am 3. Juni 2020 den Aufbau einer Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) beschlossen. Hierbei sollten unter anderem durch Warenbevorratung sowie das Vorhalten von Produktionskapazitäten und Warenneuproduktion der Bedarf des Gesundheitssektors und des Bundes für sechs Monate gedeckt werden. Auf die Frage von MdB Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU), wie der Sachstand zu dieser „Nationalen Reserve Gesundheitsschutz“ sei, antwortete die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Sabine Dittmar: „Der Bund lagert im Rahmen der COVID-19-Pandemie beschaffte Schutzgüter aktuell an mehreren Standorten von unterschiedlichen Logistikdienstleistern sowie an drei Standorten des Technischen Hilfswerks (THW).“

Zudem sei vorgesehen, dass der Bund künftig ausreichende Mengen an medizinischen Verbrauchs- und Versorgungsgütern über sogenannte Optionsverträge vorhält. „Die hierzu erforderliche Konzeption der NRGS, inklusive einer Festlegung von Produktgruppen und einer Bedarfsanalyse steht allerdings noch aus“, so die Staats-

sekretärin. „Die weitere Konzeptionierung der NRGS konnte bisher nur im Rahmen von Vorarbeiten fortgeführt werden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in einem Maßgabebeschluss

aus dem Jahr 2022 auf die primäre Zuständigkeit der Länder und Kommunen beim Katastrophenschutz sowie die auf Länderebene bestehenden Pläne zur Errichtung von Reserven hingewiesen.“

Beruflich:
menschlich

Studiengänge für Einsatz-Profis an der Hochschule der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

✓ **berufsbegleitend** ✓ **praxisnah** ✓ **flexibel**

BACHELOR

- ✦ Internationale Not- und Katastrophenhilfe B.A.
- ✦ Management in der Gefahrenabwehr B.Sc.
- ✦ Medizin- und Notfallpädagogik B.A.
- ✦ Notfallpflege – Erweiterte Klinische Pflege B.Sc.
- ✦ Pädagogik im Gesundheitswesen B.A.

MASTER

- ✦ Führung in der Gefahrenabwehr und im Krisenmanagement M.Sc.
- ✦ Global Health M.Sc.
- ✦ Krisen-, Konflikt- und Katastrophenkommunikation M.A.
- ✦ Pädagogik und Erwachsenenbildung in der Gesundheitswirtschaft M.A.



Blockunterricht mit hybrider Lehre (vor Ort und online)



akkon
**HOCHSCHULE FÜR
HUMANWISSENSCHAFTEN**

Jetzt bewerben!
www.akkon-hochschule.de

Aschenbrenner wiedergewählt

(BS) Der Präsident der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), Dirk Aschenbrenner, ist im Amt bestätigt worden. Er konnte damit bereits zum dritten Mal sein Amt erhalten.

Auch vfdb-Vizepräsidentin Anja Hofmann-Böllinghaus wurde einstimmig wiedergewählt. Aschenbrenner sagte: „Es muss gelingen, über Hierarchien hinweg zusammenzuarbeiten, sich zusammenzusetzen

und nicht die vorhandenen Strukturen als Hemmnisse zu sehen.“ Man sei in vielen Bereichen in Deutschland zu sehr in den bestehenden Zuständigkeiten verhaftet und dadurch nicht lösungsorientiert genug, kritisierte er. „Wenn ich Probleme lösen will, dann muss ich auch mal die bekannten Strukturen hinter mir lassen und fragen, was getan werden muss, um morgen eine Lösung zu haben.“



Dirk Aschenbrenner ist in seinem Amt als Präsident der vfdb bestätigt worden.

Foto: BS/Leopold Achilles

RETTmobil: Erwartungen übertroffen

(BS) Die Messe RETTmobil in Fulda verzeichnete in diesem Jahr mehr als 27.000 Besuchende. Dieser Wert lag sogar oberhalb der optimistischsten Erwartungen der Veranstaltenden. Aus zahlreichen deutschen Bundesländern sowie aus 50 Staaten weltweit kamen Interessierte an drei Messtagen nach Fulda.

Dort konnten sie sich über die neuesten Entwicklungen aus Rettungsdienst, Feuerwehr

und Katastrophenschutz informieren. Bei der Rettmobil handelt es sich um die europäische Leitmesse für das Rettungswesen. Es ging u. a. um die Zukunftsfähigkeit

des Rettungsdienstes und dessen massive Belastung. Weitere Themen waren die Rettung von Personen aus Elektrofahrzeugen, Rettungsdienst und Terror, Kindernotfälle sowie Einsatzhygiene. „Wir hatten im Vorfeld optimistisch mit 26.000 Besuchern gerechnet, das wären 4.000 mehr als im Vorjahr gewesen“, sagte Messe-Geschäftsführer Manfred Hommel. Es wurden deutlich mehr (auch aus dem Ausland), auch aufgrund zahlreicher Vorführungen auf dem um 4.000 Quadratmeter – davon 1.000 Quadratmeter Hallenfläche – vergrößerten Messegelände. Auch für das kommende Jahr, dann findet die RETTmobil vom 15. bis



Die diesjährige RETTmobil in Fulda stieß auf eine sehr großes Interesse bei Besucherinnen und Besuchern.

Foto: BS/RETTmobil

17. Mai wieder in Fulda statt, wird mit dieser größeren Fläche geplant.

Übereinkunft zur Kampfmittelbeseitigung

(BS) Das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) haben eine Rahmenvereinbarung zur Bearbeitung kampfmittelbedingter Risiken geschlossen. Diese befindet sich noch in der Pilotphase, welche kommendes Jahr endet. Die bisherigen Erfahrungen sind aber schon jetzt positiv. So gebe es aufseiten der BImA direkte und feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Kräfte des Munitionsbergungsdienstes Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem seien die Abstimmungswege deutlich kürzer, lobt der Leiter des Munitionsbergungsdienstes Mecklenburg-Vorpommern, Robert Mollitor. Des Weiteren bestünde die Möglichkeit

der Entwicklung gemeinsamer Projekte. Und es gebe eine bessere Planbarkeit für beide Seiten. Mollitor unterstreicht: „Wir sind auf dem richtigen Weg.“

Angesichts von 28.400 Hektar (davon 10.400 Hektar „Bundeswald“) kampfmittelbelasteter Waldflächen in Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Zeichen. Das Land fokussiere sich bei der Kampfmittelbeseitigung – auch aus Kapazitätsgründen – derzeit auf den 1.000-Meter-Bereich rund um Ortschaften. Denn in diesem Radius könnten Splitter Schäden anrichten, erläutert Mollitor. Aber auch das sei eine große Herausforderung. Denn die entsprechende Fläche in Mecklenburg-Vorpommern betrage



Fund einer britischen Luftmine aus dem Zweiten Weltkrieg.

Foto: Holger Weinandt

9.900 Hektar. Auch der Schweriner Innenminister Christian Pegel (SPD) sagt mit Blick auf die Rahmenvereinbarung, die die erste ihrer Art ist: „Wir haben uns auf den Weg gemacht.“ Brandenburg hat mit der BImA bislang nur eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Der Fachkongress Deutschlands für IT- und Cyber-Sicherheit bei Staat und Verwaltung

PITS 20.-21. September
2023
Public-IT-Security



Digitales
Immunsystem

20.-21. September
2023,
Telekom Hauptstadtrepräsentanz

Behörden Spiegel

www.public-it-security.de

Foto: © Inna, stock.adobe.com

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter „Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Marco Feldmann. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ghazaleh Hesami, Ralph Kotsch, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßbrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Scarlett Lüsser.

Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin), Nina Parisi (Bonn); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe“. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.